

# Geschichte der Gesamtschule

## – das ist auch die Geschichte der GGG

### Werner Kerski

**Die Entwicklung der Gesamtschule und der Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule (GGG) sind eng miteinander verbunden. Die GGG wurde 1969 gegründet, um die damals entstehende Gesamtschulbewegung zu unterstützen. Ein historischer Rückblick.**

Die Reformbewegung der 1960-er Jahre, die von Georg Picht 1964 ausgelöst wurde, hatte einen bundesweiten Schulversuch „Gesamtschule“ zur Folge. Es gab schon vorher einige Gesamtschulen, allerdings als Solitäre, die wenig Ausstrahlung auf die Entwicklung des westdeutschen Schulsystems hatten. In der Weimarer Republik wurde in Berlin die Karl-Marx-, heute Fritz-Karsen-Schule gegründet. Auch die Odenwaldschule war in ihrer Ausprägung eine Gesamtschule, mit dem Gründungsjahr 1910 vermutlich die erste Gesamtschule Deutschlands.

Das Schulsystem der DDR war strukturell ein Gesamtschulsystem. Im Einigungsprozess wurde die darin liegende Chance nicht verfolgt. Das gegliederte Schulsystem aus der BRD wurde als Blaupause für die Schulentwicklung in den „neuen“ Ländern genutzt.

### Reformbedarf im deutschen Bildungswesen

Georg Picht hatte 1964 auf die Rückständigkeit des deutschen Schulsystems und die drohende „Bildungskatastrophe“ hingewiesen und eine Modernisierung des deutschen Bildungswesens angemahnt. Die viel zu geringe Bildungsbeteiligung (die zu geringe Effizienz!) wurde als Problem für die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft erkannt. Angeregt von der durch Picht ausgelösten Diskussion wurde 1965 von allen Bundesländern und dem Bund der „Deutsche Bildungsrat“ gegründet. Seine Aufgabe war es, Vorschläge für die Erneuerung des deutschen Schulwesens zu entwickeln. 1968 erschienen die „Empfehlungen zu Schulversuchen mit Ganztagschulen“, 1969 die „Empfehlungen zu Schulversuchen mit Gesamtschulen“ und 1970 der „Strukturplan für das deutsche Bildungswesen“. Der Deutsche Bildungsrat schlug vor, bundesweit sollen 40 Gesamtschulen in den Versuch aufgenommen werden.

Ähnliche Entwicklungen gab es in vielen westeuropäischen Ländern (z.B. England, skandinavische Länder). Im Gegensatz zur deutschen Entwicklung gelang es dort, das jeweilige Bildungssystem von einem gegliederten in ein Gesamtschulsystem umzubauen. Auch in Westdeutschland war es das politische Ziel, Gesamtschulen als ersetzende Schulen und nicht als ergänzende Schulform zu etablieren. Es zeigte sich aber bei der westdeutschen Entwicklung, dass die föderale Verantwortung für die Schulpolitik ein entscheidender Hemmschuh hin zu einem Gesamtschulsystem war. Der fehlende Mut der SPD-geführten Länder und der Widerstand der konservativ regierten Bundesländer, besonders Bayerns, verhinderten entgegen den Hoffnungen der Bildungskommission eine westdeutsche Entwicklung zu einer Strukturreform. Der Schulversuch Gesamtschule als Kompromiss der unterschiedlichen schulpolitischen Positionen erwies sich als eine Sackgasse, die die Entscheidung für eine Strukturreform zeitlich verzögerte und in der Folge die Gesamtschule als zusätzliches Angebot in Westdeutschland etablierte.

### Der Arbeitskreis Gesamtschule in Nordrhein-Westfalen (AKG)

Im Rahmen des bundesweiten Schulversuches sollten in NRW insgesamt immerhin 30 Gesamtschulen gegründet werden. Im Sommer 1969 nahmen die ersten sieben ihren Betrieb auf.

Verglichen mit ähnlichen Gründungen in anderen Bundesländern war die Besonderheit des nordrhein-westfälischen Weges, dass alle Gesamtschulen als integrierte Gesamtschulen mit eigener gymnasialer Oberstufe und in Ganztagsform arbeiten sollten.

Bereits früh hatten Kommunen in Nordrhein-Westfalen – insbesondere mit SPD-Mehrheit, aber auch mit Unterstützung der FDP – Interesse an einer Beteiligung an dem Schulversuch „Gesamtschule“ signalisiert. In diesen Städten wurden teilweise schon ab 1966 Planungsgruppen gebildet, die die Gründung einer örtlichen Gesamtschule vorbereiten sollten. Vertreter aus der Politik, aus den Verwaltungen sowie Lehrerinnen und Lehrer aus bestehenden Schulen trafen sich,

um das pädagogische und das organisatorische Konzept, aber auch die Architektur und den notwendigen Neubau einer Gesamtschule vor Ort zu diskutieren. Zwischen diesen Planungsgruppen der unterschiedlichen Kommunen gab es zwar früh schon informelle Kontakte, mit der Zeit jedoch wuchs das Bedürfnis nach einem geregelten überregionalen Austausch. Deshalb trafen sich am 14.12.1968 in Fröndenberg (Kreis Unna) erstmalig Mitwirkende aus kommunalen Planungsgruppen, um diesen Austausch zwischen den Städten und zwischen den handelnden Personen zu organisieren. Damit war der „Arbeitskreis Gesamtschule in Nordrhein-Westfalen“ gegründet, der allerdings erst 1970 als Verein eingetragen wurde.

Am 25.04.1970 trafen sich im Kreishaus Unna – begrüßt von Landrat Jürgen Girgensohn, dem späteren Kultusminister – Vertreter von 13 korporativen Mitgliedern und 15 Einzelmitglieder zur Beschlussfassung über die Satzung und die Eintragung des Arbeitskreises in das Vereinsregister. Zum Vorsitzenden wurde Günter Bechert gewählt, ein enger Mitarbeiter von Girgensohn (Bechert wurde 1972 Geschäftsführer des GGG-Bundesverbandes). Das Protokoll schrieb Jürgen Theis. Neben der Verabschiedung einer Satzung wurde in dieser Versammlung die Koordination der didaktischen Arbeit der Gesamtschulen angeregt. Kommunale Schulentwicklung und die pädagogische Arbeit der Gesamtschulen standen von Beginn an im Mittelpunkt der Arbeit.

Das Selbstverständnis des Arbeitskreises Gesamtschule drückt sich in der beschlossenen Satzung aus:

*Der Arbeitskreis geht davon aus, daß die veränderten und erhöhten Ansprüche von Gesellschaft und Individuum eine Revision von Schulstruktur und Bildungsinhalten unumgänglich machen. Es ist eine Entwicklung in Gang gekommen, ein Bildungswesen aufzubauen, das die zur Zeit nebeneinander arbeitenden Schulformen hinter sich läßt und neue bessere Möglichkeiten individueller Förderung und erhöhter Effizienz des Lehrens und Lernens ermöglicht.*

(Arbeitskreis Gesamtschule in NRW, Satzung vom 25.04.1970)

In dieser Satzung taucht der Begriff der Effizienz auf. Die von Picht ausgelöste Diskussion um die „Erhöhung der Effizienz“ führte u.a. zur Errichtung von bis zu zwölfzügigen Schulen (geplant waren sogar Schulen mit 20 parallelen Lerngruppen!), ebenso zum Einsatz von programmiertem Unterricht und zur Anwendung neuer Medien. Der Arbeitskreis Gesamtschule in NRW fühlte sich allerdings in erster Linie einem emanzipatorischen Ansatz verpflichtet und verstand sich organisatorisch als Interessenbündnis der Kommunen. Eine Exkursion nach Malmö im Oktober 1970 konfrontierte die 41 Teilnehmer (darunter sieben Gesamtschulinteressierte aus Kiel) mit der Schulentwicklung in Schweden.

Beginnend mit dem Treffen in Fröndenberg im Dezember 1968 führte der AKG im Halbjahresrhythmus Mitgliederversammlungen durch. Die Liste der behandelten Themen dokumentiert die Breite der Diskussion. Manches ist keineswegs erledigt und könnte auch heute auf der Tagesordnung einer Mitgliederversammlung der GGG NRW stehen.

- Unterstützung von Gesamtschulplanungsgruppen
- Werbeveranstaltungen / Elternversammlungen
- Seminar für Lehrkräfte an Gesamtschulen
- Schulbau und Unterrichtsorganisation
- Unterrichtsbezogene Verwaltung, Bücherei und Medienzentrale
- Einstellung von Schulasistenten
- Fachdidaktik und Fachplanung
- Arbeitslehre an der Gesamtschule
- Ganztagsbetrieb
- Werbung für den Arbeitskreis Gesamtschule (Gespräche mit den kommunalen Spitzenverbänden)

## Die Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule (GGG)

Die Idee der Gründung der GGG ist im Experimentalausschuss der Bildungskommission des Deutschen Bildungsrats entstanden. Auslöser für die Gründung der GGG war eine Empfehlung des Deutschen Bildungsrates:

**4.2 Gründung eines überregionalen Verbandes**  
*Unabhängig von der Einrichtung einer solchen zentralen Konferenz ist die Gründung eines Verbandes der Versuchsschulen auf privatrecht-*

licher Basis für das Bundesgebiet zu empfehlen. Ein solcher Verband könnte sowohl als Selbsthilfe-Organisation für eine bundesweite Koordinierung der Informationen und der Entwicklungsarbeit der einzelnen Schule sorgen als auch bei der Koordinierung der wissenschaftlichen Kontrolle als Berater für ein zentrales Test- und Entwicklungsinstitut und einzelne Forschungsinstitute dienen. Ein solcher Verband könnte sich auch aus der Erfahrung der Schulversuche an der öffentlichen Diskussion um die Gesamtschule beteiligen.

(Deutscher Bildungsrat, Empfehlungen der Bildungskommission, 30./31. Januar 1969, Einrichtung von Gesamtschulen, Seite 138)

Die frühe Verfügbarkeit von Rohfassungen der „Empfehlungen“ machte es möglich, dass schon vor der Veröffentlichung unter der Federführung des Dortmunder Schuldezernenten Herbert Frommberger die vereinsrechtlichen Voraussetzungen für die Gründung eines Gesamtschulverbandes getroffen wurden. Dieser Verband sollte bundesweit überregional agieren. So wurde die GGG am 24.01.1969 auf einem Kongress in Hamburg gegründet. Ihr Sitz ist seit der Gründung unverändert in Dortmund.

Die GGG verstand sich - der Empfehlung des Bildungsrates folgend - als bundesweite Interessenvertretung der Gesamtschulen. Erster Vorsitzender („Präsident“) der GGG war Horst Mastmann, der Leiter der 1968 gegründeten Gesamtschule Britz-Buckow-Rudow in Berlin, weitere Mitglieder kamen aus Berlin, Frankfurt, Hamburg und Weinheim; Herbert Frommberger als Geschäftsführer und Jürgen Theis als Kassierer kamen aus Dortmund.

Die Satzung nennt folgende Aufgaben:

- 3. Aufgabe der Gesellschaft ist es, die Errichtung neuer und die Zusammenarbeit bestehender Gesamtschulen zu fördern. Die Gesellschaft will insbesondere**
- a) die Forschung in allen Fragen, die Gesamtschulen betreffen, anregen,**
  - b) die öffentliche Diskussion um die Gesamtschule fördern und versachlichen,**
  - c) Lehrer und künftige Lehrer mit allen Fragen der Gesamtschule vertraut machen und so zur Lehrerbildung beitragen,**

- d) einen Ansatz bieten zur demokratischen Selbstverwaltung und zur Zusammenarbeit der Gesamtschulen der Bundesrepublik Deutschland,**
- e) durch die Ergebnisse ihrer Arbeit Gesetzgebern, Kultusverwaltungen und -Schulträgern Vorschläge und Hilfe bei der Einrichtung und Organisation von Gesamtschulen geben.**

(GGG, Satzung vom 24.01.1969)

### **Der AKG wird Landesverband der GGG**

Vielfältige Kontakte zwischen dem AKG und GGG führten am 06.02.1971 zu folgendem Beschluss des AKG-Vorstands:

*Der Vorstand beschließt, der nächsten Mitgliederversammlung den Beitritt des AK zur Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule vorzuschlagen.*

Die angestrebte Fusion war nicht unumstritten: Der Arbeitskreis Gesamtschule folgte stärker einem demokratisch-emanzipatorischem Ansatz, während die GGG die von Georg Picht ausgelöste Diskussion um die Rückständigkeit des deutschen Schulsystems und dessen mangelhafter Effizienz akzentuierte. Eine zweite Hürde für die Fusion war die unterschiedliche Organisationsstruktur: Der Arbeitskreis Gesamtschule verstand sich als Organisation in NRW, die GGG als bundesweite Organisation. In einer Mitteilung an alle Mitglieder informierte der Vorstand des Arbeitskreises Gesamtschule die Mitglieder über den Stand der Zusammenarbeit mit der GGG.

*Die Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule hat in ihrer Hauptversammlung in Nürnberg einen neuen Vorstand gewählt und ihre Satzung geändert. ...*

*Die Satzungsänderung diente dem Ziel, die Gesellschaft in Landesverbände zu gliedern. Der Vorstand des AKG begrüßt diese Entwicklung. Der AKG hat eine enge Kooperation mit der auf Bundesebene wirkenden Gesellschaft angestrebt, er ist gemäß Beschluß der Mitgliederversammlung Mitglied der Gesellschaft. Inzwischen entwickeln sich auch in anderen Bundesländern Arbeitskreise Gesamtschule. Eine engere Kooperation wird allseits gewünscht. Die Satzungsänderung ermöglicht ohne Beschränkung der Arbeit auf Landesebene eine Koordination der Aktivitäten. Der Vorstand des AKG wird auf der Mitgliederversammlung empfehlen, einen Beschluß zu fassen, der Gemeinnützigen Gesellschaft als Landesverband beizutreten.*

Bis zum Bundeskongress 1972 in Nürnberg gab es die GGG nur als Bundesorganisation, Landesverbände waren nicht vorgesehen. Um einen Beitritt des AKG zu ermöglichen, bedurfte es der satzungsmäßigen Verankerung von Landesverbänden in der GGG-Satzung. Darüber hinaus ist aus heutiger Sicht deutlich, dass Carl-Heinz Evers als integrierende Persönlichkeit mehr als hilfreich war, um die unterschiedlichen Ansätze - Organisationsentwicklung von Schulen zur Effizienzsteigerung einerseits und demokratisch-emanzipatorische Weiterentwicklung des Unterrichts andererseits - in einem Verband zu vereinen. Carl-Heinz Evers wurde in Nürnberg zum Vorsitzenden der GGG gewählt. Die Mitgliederversammlung des AKG am 15.04.1972 folgte dem Vorschlag des Vorstands. Nicht uninteressant für die GGG: Der AKG organisierte in NRW 160 Mitglieder, für die GGG eine gewaltige Vergrößerung der Mitgliedschaft.

Der endgültige Beschluss des Beitritts des AKG zur GGG wird auf der Mitgliederversammlung am 08.12.1972 in Mülheim gefasst. § 1 der Satzung des AKG lautet nun:

*Die Vereinigung führt den Namen Arbeitskreis Gesamtschule in Nordrhein-Westfalen e.V., Landesverband der Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule e.V.*

Parallel zu den Gesprächen zur Vereinigung des Arbeitskreises Gesamtschule und der GGG gründeten sich auch in anderen Bundesländern Landesverbände. So treffen sich am 15.09.1972 in Frankfurt erstmals der Bundesvorstand und die Vorsitzenden aus den Landesverbänden Niedersachsen, Bremen, Baden-Württemberg, Hessen und Nordrhein-Westfalen zur konstituierenden Sitzung des Hauptausschusses der GGG.

### Die Zukunft der Gesamtschule

Die Gesamtschule hat sich gegen viele Widerstände und mit entschiedener Unterstützung der GGG einen unangefochtenen Platz im Schulsystem erkämpft. Sie versteht sich als eine Schule für alle, in der alle Abschlüsse – in NRW mit Einschluss des Abiturs – erreicht werden können und in der das soziale Lernen eine zentrale Rolle spielt. Die Gesamtschule in NRW startete mit 32 Versuchsschulen zu Beginn der 1970-er Jahre. Inzwischen gibt es in NRW mit 362 Gesamtschulen, 115 Sekundarschulen und 5 Primusschulen insgesamt 482 integrierte Schulen. Das ist sicher ein großer

Erfolg. Rund ein Drittel der Schülerschaft der 4. Klassen der Grundschulen wechselt in eine integrierte Schule. Dabei fehlen nach wie vor in einer Reihe von Kommunen weitere Gesamtschulplätze, um dem Elternwillen zu entsprechen.

Eine grundsätzliche Reform des deutschen Schulsystems lässt allerdings auf sich warten. Die Struktur des gegliederten Systems hat eine Abschlussskultur zur Folge. Einstellungen und pädagogisches Verhalten werden durch die Selektivität bestimmt. Jede Kritik prallt an den Interessen der Nutznießer ab. Auch internationale Studien wie PISA, die seit über 20 Jahren die Schwachstellen nachweisen, ändern an der Verweigerungsstrategie wenig. Aus der Logik der Abschlussskultur sind für das Scheitern vieler Schülerinnen und Schüler sie selbst bzw. ihre Eltern verantwortlich. Die Opfer einer verfehlten Schulpolitik werden so zu Schuldigen gemacht.

Das Schulsystem ist voller Herausforderungen und Widersprüche:

- Unbestritten ist das deutsche Schulsystem sozial selektiv wie in kaum einem anderen Land. Es benachteiligt die sozial schwächeren Schülerinnen und Schüler eklatant.
- Die Anzahl der Schülerinnen und Schüler, die keinen Schulabschluss erhalten, ist erschreckend hoch.
- Das Bildungssystem ist ineffizient, die Begabungen der Kinder werden nicht in dem Maße gefördert, wie das möglich wäre.
- Wie Inklusion in der Selektion gelingen soll, bleibt ein Rätsel. Es ist ein Widerspruch in sich.
- NRW ist das Bundesland mit den meisten Schulformen in der Sekundarstufe 1. Neben dem gegliederten System mit Hauptschule, Realschule und Gymnasium gibt es die integrierte mit Gesamtschule und Sekundarschule, zusätzlich als Schulversuch die Primusschule. Dieses „vielfältige“ Angebot hat ein kommunal zersplittertes Schulangebot zur Folge. Die kommunalen Schullandschaften sind in NRW kaum noch vergleichbar, eine Reduzierung ist dringend notwendig.

Die Rolle der integrierten Schule unterscheidet sich je nach Regelung des jeweiligen Bundeslandes und des kommunalen Angebots zwischen

einer alternativen Schulform, die alle Schülerinnen und Schüler zum bestmöglichen Abschluss führt, und einer Schule, die nicht als die Schule für alle verstanden wird, sondern als die zweite Wahl nach dem Gymnasium. Kaum bestreitbar ist, dass die Abschlussskultur auch in den integrierten Schulen wirksam ist, und es viel Mühe und Überzeugung kostet, diesem Trend eine alternative Pädagogik entgegenzusetzen.

### Ausblick

Die GGG wird weiter auf die Ungerechtigkeit und die Widersprüche des deutschen Schulsystems hinweisen. Eine Strukturreform bleibt weiter auf der Tagesordnung, wenn sich auch die Strategie angesichts der tatsächlichen Verhältnisse geändert hat.

Die GGG NRW wurde gegründet, um den Austausch zwischen den Gesamtschulen zu organisieren und deren Zusammenhalt zu fördern. Sie ist als Interessenvertretung der integrierten Schulen im Land inzwischen allgemein anerkannt. Das ist auch auf den hohen Organisationsgrad der GGG in den integrierten Schulen zurückzuführen – zurzeit sind 270 NRW-Schulen GGG-Mitglied. Als Verband hat die GGG einen wichtigen politischen Einfluss auf den Erhalt und den Aufbau weiterer integrierter Schulen.

*„Die GGG NRW setzt sich für ein integriertes Schulsystem ein.“*

Die Hauptziele

- die Weiterentwicklung einer Gesamtschulpädagogik,
- die Unterstützung der bestehenden integrierten Schulen und die aktive Hilfe bei Neugründungen und
- der Einsatz für schulpolitische Entscheidungen in Richtung eines integrierten Schulsystems

bleiben im Mittelpunkt der Arbeit der GGG.

#### ► Zum Weiterlesen:

Hans-Günter Rolff,  
Zur Stunde Null der GGG - und das Gesamtschulkonzept des Bildungsrates, 2019



<https://ggg-web.de/service/ggg-downloads/category/30-ggg-geschichte?download=1080:h-g-rolff-2019-zur-stunde-null-der-ggg>

Werner Kerski,  
Das Ruhrgebiet als Wiege der Gesamtschule, 2013



<https://ggg-web.de/service/ggg-downloads/category/75-nrw-mitteilungen>